



Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflgerats

Editorial

Kein weiter so

Die Profession Pflege wartet bereits viel zu lange darauf, dass ihr zugehört wird, dass sie eingebunden und ernst genommen wird in all jene Entscheidungen, die sie betrifft. Der Deutsche Pflgerat drängt auf mehr und eine bessere Mitwirkung, und das zu Recht. Warum? Weil wir schon lange keine Zeit mehr haben. Wir können nicht mehr warten. Und damit meine ich sowohl die Pflegebedürftigen und deren Angehörigen als auch die Pflegenden in diesem Land.

Seit Jahrzehnten erleben wir immer wieder dieselben Verhaltensmuster – Parteien in der Opposition wenden sich der Pflege zu – hören zu, zeigen Verständnis, versprechen viel. Kaum in der Regierungsverantwortung werden sie dann von einem Pflege- und Gesundheitssystem eingeholt, in dem für die Profession Pflege kein Platz ist. Und wenn sie ihnen dann einen Platz geben könnten in den Strukturen und Systemen, durch entsprechende Gesetze und Verordnungen, handeln sie nicht, handeln sie halbherzig oder scheitern selbst am System.

Ich wünsche uns allen, dass die neue Bundesregierung und das Bundesgesundheitsministerium mit Prof. Dr. Karl Lauterbach an der Spitze anders agieren werden. Dass es eine ehrliche Auseinandersetzung darüber geben wird, wie es um die Situation der Pflege und um die der Profession in Deutschland tatsächlich steht. Und dann brauchen wir keine Konzertierte Aktionen, keine runden Tische und keine Veranstaltungen mehr, die ohne Konsequenzen bleiben. Wir brauchen Entscheidungen, die getroffen und mutig umgesetzt werden. Und wir brauchen die Profession Pflege, die eingebunden mutig agiert. Die Pflegenden in diesem Land sind schon lange bereit dazu.

Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflgerats

Deutscher Pflgerat e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft
Pflege- und Hebammenwesen

In Kooperation mit

Heilberufe
Pflege einfach machen.

IM FOKUS

Unklare Regelungen

Ab dem 16. März soll die einrichtungsbezogene Impfpflicht gelten. Ein entsprechendes Chaos ob der bisher unklaren Regelungen scheint programmiert. Auch bei den Gesundheitsämtern scheinen die Zuständigkeiten noch nicht geregelt zu sein. Klar ist nur: Sie sollen Beschäftigungsverbote aussprechen. Und das möglicherweise auch in Einrichtungen, die bereits heute schon über Personalmangel klagen. Fünf bis zehn Prozent der Mitarbeitenden im Pflege- und Betreuungssektor, die wahrscheinlich ungeimpft fehlen werden, können nicht ohne Weiteres ersetzt werden.

Die sich abzeichnenden arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden können die Situation insbesondere in der ambulanten und stationären Altenhilfe deutlich verschlimmern. Denn auch pflegerisch und betreuerisch Tätige können berechtigte Gründe haben, warum sie sich nicht impfen lassen. Die Impfpflicht setzt diese Beschäftigten massiv unter Druck.

Der Deutsche Pflgerat unterstützt die einrichtungsbezogene Impfpflicht, verweist aber auch immer wieder auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Der alleinige Blick auf die einrichtungsbezogene Impfpflicht greift aus unserer Sicht zu kurz, führt zu Ungerechtigkeiten und setzt einen falschen Fokus auf die Berufsgruppe der Pflegenden. Bereits im Dezember haben wir darauf hingewiesen, dass eine Vielzahl von Fragen vorab geklärt sein müssen.

Annemarie Fajardo
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflgerats
(DPR)

Studie zur stationären Langzeitpflege

Kein gutes Zeugnis für Pflegepolitik

Fast 70% planen eine berufliche Veränderung, nur 3% meinen, die Politik habe die Lage in der Pflege verstanden. Das sind Ergebnisse der Studie „Altenpflege im Fokus“, durchgeführt von Vincentz Network und dem Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK).

Die Studie stellt der Gesundheits- und Pflegepolitik der letzten dreieinhalb Jahre kein gutes Zeugnis aus. „96% der 700 Befragten glaubt nicht, dass die Politik die Lage verstanden hat und zuverlässig bemüht ist, sie zu verbessern“, macht Miriam von Bardeleben, Vincentz Network, deutlich.

Dr. Bernadette Klapper, Geschäftsführerin DBfK, erläuterte: „Wir sehen deutlich, dass die Kollegen*innen ihrem fachlichen Anspruch gerecht werden wollen. 58% sprechen sich für Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten aus und erwarten, dass die Digitalisierung schneller vorankommt. Das zeigt das große Potenzial, das in der Langzeitpflege vorhanden ist und das sich bei richtigen Rahmenbedingungen voll entfalten könnte.“ Einen klaren Appell richtete Klapper an die Politik: „Sorgen Sie für eine gute Qualifikation der Pflegefach-

personen und eine gute Kompetenz der Pflegeassistenten“. Für letztere fordert Klapper eine bundesweit einheitlich geregelte Ausbildung von zwei Jahren.

Konkrete Ergebnisse der Studie

86% der Pflegenden fordern bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Für 76% der Mitarbeitenden ist eine gute Ausbildung, die möglichst viele Pflegeschüler erfolgreich abschließen, der Schlüssel zu mehr Personal. 65% erkennen, dass im System grundsätzlich mehr Geld nötig ist. Hier wäre eine Reform der Pflegeversicherung notwendig. 63% der Mitarbeitenden sind der Meinung, dass eine Erweiterung der Kompetenzen des Einzelnen zu mehr Attraktivität des Berufsbildes führt. 61% fordern eine konsequente Umsetzung des neuen Personalbemessungsverfahrens. 59% (insbesondere

Pflegefachpersonen) plädieren für eine bessere Bezahlung. 34% meinen, Investitionen in Digitalisierung müssen von den Einrichtungen getätigt und von der neuen Bundesregierung unterstützt werden. 6% der Befragten glauben, dass eine gezielte Anwerbung von Mitarbeitern im Ausland die Probleme löst.

Personalausstattung ist der kritische Punkt

Dringend verbessert werden müsse die Personalausstattung, „um die Kollegen*innen im Beruf halten zu können“. Denn die chronisch unzureichende Personalausstattung sei Hauptursache für einen Großteil der Belastungen und Frustrationen der Pflegefachpersonen in Pflegeheimen. Dieser Mangel mache es immer schwieriger, so Klapper weiter, eine gute und qualitätsvolle Pflege zu gewährleisten (68% stimmen zu, plus 26% stimmen eher zu). Es fehle Zeit für Bewohner*innen „und fast alle Antwortenden haben regelmäßig das Gefühl, dem eigenen fachlichen Anspruch nicht gerecht zu werden“. Mehr als Dreiviertel der Befragten beklagten negative Auswirkungen auf das Privatleben.

Hier müsse die neue Bundesregierung schnell handeln, mahnt der DBfK weiter, „um der Ernüchterung und Enttäuschung etwas entgegenzusetzen. Wir brauchen deshalb mehr Tempo und vor allem Verbindlichkeit bei der Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens“.

Klapper weiter: „Es ergibt sich ein klarer Auftrag an die neue Bundesregierung. Mehrere Bundesregierungen haben es versäumt, ausreichend gegenzusteuern. Keiner kann sagen, man hätte es nicht gewusst. Der Verweis auf den leergefegten Arbeitsmarkt, der Personalzuwächse extrem erschwert, ist als Eingeständnis des politischen Versagens zu bewerten“.



© lenets_tan - stock.adobe.com (Symbolbild mit Fotomodellen)

Pflegende fordern bessere Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

dbfk.de, vincentz.net

Pflege braucht professionelle Struktur

„Sprechen Sie mit der Profession!“

Beim 18. contec forum – Pflege und Vernetzung „Pflege 2025: Reicht der neue Koalitionsvertrag?“ diskutierten Vertreterinnen der Regierungsparteien pflegepolitische Fragen. Eingeladen war auch Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR).

Christine Vogler rief die Politik dazu auf, „Mut zu haben, die professionell Pflegenden in die sie betreffenden Entscheidungen konstruktiv einzubeziehen. Sprechen Sie mit der Profession.“ Vogler lehnt weitere Befragungen zur Beteiligung der Profession, wie dies der Koalitionsvertrag vorsieht, ab. Benötigt würden „mutige Handlungen, keine Befragungen“. Weiter sagte die Präsidentin des Deutschen Pflegerats: „Die Profession ist an viel zu viel Stellen nicht mit dabei. Dies gilt für die Personalbemessungsverfahren wie auch für Krisenstäbe und für Expertengremien in der Corona-Pandemie.“

Kompetenzen neu ordnen

Gefragt nach weiteren notwendigen Maßnahmen für die Profession Pflege spricht Vogler eine Kompetenzneuord-

nung im gesamten Gesundheits- und Pflegebereich an. Die Profession könne durchaus beispielsweise die Wund- und Schmerzversorgung „selbst regeln“.

Unterstützung erhält sie dabei von Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/Die Grünen). Sie sagt: „Wir brauchen Strukturen für die Selbstverwaltung und neue Formen der Zusammenarbeit in der Pflege und Therapie.“ Schulz-Asche weist auf den steigenden Pflegebedarf bei gleichzeitigem Fachkräftemangel hin. Diese dramatische Situation spitze sich zu, „wenn wir weiter arztzentriert nebeneinander arbeiten“. Auch funktioniere in Deutschland die Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe untereinander nicht. Das müsse sich ändern. Denn „wir haben nicht das Geld, die Zeit und das Personal für verschwenderische Tätigkeiten“.

Pflege macht es der Politik schwer

Nicole Westig (FDP): „Wir sehen uns als Lobbyisten für die Pflege.“ Und sie fragt „warum sind eigentlich die Pflegenden als Impfende nicht dabei. Es kann doch nicht sein, dass die neue Regierung immer noch die gleichen Fehler (Nichtbeteiligung) macht, wie die alte Regierung“. Schwierig sei es jedoch auch, wenn sich Pflegenden selbst gegen die Kammer aussprechen. Damit machen sie es „der Politik unnötig schwer“.

Vogler spricht sich für einen „Ort für die Profession Pflege“ aus. Derzeit fehle es an struktureller und personeller Stärkung im Rahmen der Verbandsorganisation. Nötig sei es, „Gesetze zu machen, die der Profession eine Struktur geben“.

Für Heike Baehrens (SPD) war denn auch klar: „Wir brauchen eine Stimme für die Pflege – und mehr fachlichen Input der Pflege“. Die Pflege werde in dieser Legislatur „einen wichtigen Stellenwert haben. Vereinbart sind Vorhaben für mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung“.

contec.de

NEWS

Deutscher Pflergetag

Der Deutsche Pflergetag 2022, der Kongress für die Profession Pflege in Deutschland, findet am 6. und 7. Oktober 2022 im CityCube in Berlin statt. Bitte merken Sie sich den Termin vor. Zum zweiten Mal wird der DPT hybrid stattfinden. Das heißt: Der Deutsche Pflergetag 2022 wird neben der Präsenzveranstaltung im CityCube Berlin auch vollständig im Livestream übertragen. Mehr Informationen dazu auf der Homepage.

deutscher-pflergetag.de

Kongress Pflege 2022

Über die Pflege wird in der Politik bisher immer noch weitgehend ohne die Pflege entschieden. Das bemängelte die Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR), Christine Vogler, auf der Eröffnung des Kongresses Pflege 2022 von Springer Pflege. „So entstehen Gesetze, die an unserer Arbeit vorbeigehen“, sagte sie.

Mit Hoffnung verwies Vogler auf den Koalitionsvertrag auf Bundesebene, der vorsieht, dass die Pflege im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) ein Stimmrecht bekommt. Doch: „Die Macht des G-BAs

und weiterer Selbstverwaltungsorgane behindert bisher die Entwicklung der Profession“. Neue Berufsbilder seien nötig. „Die Community Health Nurse könnte Wundmaterial verschreiben, Aufklärungsgespräche führen, Beratung und Familienbetreuung übernehmen“, sagte Vogler. „Und hätten wir zu Beginn der Pandemie überall ganz selbstverständlich autonom handelnde School Nurses gehabt, hätten wir heute eine andere Ausgangslage in den Schulen.“

gesundheitskongresse.de

NEWS

Auszeichnungen vergeben

Für ihr herausragendes politisches Engagement wurde DPR-Präsidentin Christine Vogler zur Pflegemanagerin des Jahres gekürt. „Christine Vogler hat sich als das Gesicht in der deutschen Pflege etabliert“, betonte Peter Bechtel, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Pflegemanagement e.V.

Neben Vogler wurde Elena Wuzel als Nachwuchs-Pflegemanagerin des Jahres ausgezeichnet. Sie kommt vom Deutsches Herzzentrum Berlin (DHZB), setzt sich professionsübergreifend für eine selbstbestimmte Pflege ein und holt die Mitarbeiter*innen bei ihren individuellen Fähigkeiten ab.

Weiter ausgezeichnet wurde Sebastian Söllner (Platz 2) vom Klinikum Memmingen AÖR. Er rief das Projekt „Stärkung des Bereichs High Care“ ins Leben. Über Platz 3 konnte sich Julia Mayer vom Klinikum rechts der Isar der TU München freuen. Sie führte auf einer neurochirurgischen Station ein Modell zur gemeinsamen Führung verschiedener Bereiche ein: evidenzbasierte Pflege, Pflegebildung, modernes Stationsmanagement sowie Qualitäts- und Risikomanagement.

Mit den vom Bundesverband Pflegemanagement ins Leben gerufenen Preisen werden gemeinsam mit Springer Pflege erfahrene Pflegemanager*innen und Nachwuchs-Pflegemanager*innen jedes Jahr für ihre besonderen Leistungen gewürdigt. Die langjährigen Sponsoren Fresenius Kabi Deutschland GmbH und ZEQ waren wieder mit dabei.

bv-bundesmanagement.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax: 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

DBfK veröffentlicht Positionspapier

Professionelle Pflege im Krankenhaus sicherstellen

Eine sichere pflegerische Versorgung im Krankenhaus hängt von einer guten Personalausstattung ab. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) skizziert deshalb in einem Positionspapier, welche Anforderungen ein Personalbemessungsinstrument für die Pflege im Krankenhaus erfüllen muss.

Für den DBfK ist der wichtigste Punkt, dass sich die „Personalbemessung am individuellen Pflegebedarf orientieren muss, um fachlich gute Pflege zu gewährleisten“, sagt Bundesgeschäftsführerin Bernadette Klapper. „Dies ist selbstverständlich nur möglich, wenn die Personalausstattung dem Bedarf angepasst ist und die dafür notwendigen Personalkosten gedeckt sind.“

Pflege ist komplex

Folgende Positionen zur Zukunft der Finanzierung von Pflegeleistungen und der Personalausstattung im Krankenhaus vertritt der DBfK:

1. Der Pflegebedarf ist entscheidend.
2. Pflege ist komplexer als Pflegeassessment und Pflegediagnosen.
3. Pflege ist mehr als Pflegeplanung und Umsetzung von Pflegeinterventionen.
4. Pflegeleistungen werden nicht nur an Patient*innen erbracht.
5. Pflege ist keine Medizin.
6. Gute Pflege fängt bei Prävention an.
7. Digitale Dokumentation sinnvoll umsetzen.
8. Pflegewissenschaftlicher Konsens ist notwendig.
9. Datengrundlagen müssen geschaffen werden.

Zur Finanzierung der Pflege müssten laut DBfK jedoch auch Leistungen einbezogen werden, die über die einzelnen Pflegemaßnahmen an den Patient*innen hinausgehen und die ebenfalls für eine

gute pflegerische Versorgung erforderlich seien wie die Steuerung und Koordination der Versorgungsprozesse. Deshalb dürfe die Finanzierung von Pflege weder allein über die erbrachten Leistungen in der direkten Versorgung der Patient*innen noch auf Basis von Pflegediagnosen erfolgen. „Pflegediagnosen sind wichtig für die Planung von Pflegeprozessen, aber sie sind zum derzeitigen Entwicklungsstand nicht zur Einschätzung der individuellen Pflegebedarfe geeignet. Auch bergen sie das Risiko, dass damit ähnliche Fehlanreize gesetzt werden, wie wir sie aus dem System der Vergütung nach ICD-Schlüsseln kennen“, so Klapper.

Pflege braucht Spielräume

Das neue Personalbemessungsinstrument müsse so angelegt sein, dass es die individuellen Pflegebedarfe und den Personalbedarf für übergreifende pflegerische Leistungen in allen Bereichen des Krankenhauses erfassen könne. „Pflege ist weit mehr als eine Aneinanderreihung von einzelnen Pflegeinterventionen. Gute Pflege ist auf Beziehungsarbeit, Beratung, Anleitung, Prävention und Interaktion angewiesen. All das ist nur bei guter Personalausstattung möglich. Eine Vorgabe von Pflegeleistungen durch Algorithmen, wie sie für das Bemessungsverfahren über Pflegediagnosen erfolgen soll, lässt keinen Spielraum für individuell gute Pflege“, so Klapper.

dbfk.de